

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 5. März. Sämmtliche Parteien des Reichstages haben sich für die Ueberweisung der Tarifvorlagen an eine Commission behufs gründlicher Prüfung erklärt. (Wef. 3.)

Oppeln, 5. März abends. Die heute hier behufs einer Kundgebung zu Gunsten der Wirtschaftspolitik des Reichstages tagende oberschlesische Landesversammlung war von etwa 500 Theilnehmern besucht. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Fürsten Bismarck den Dank Oberschlesiens auszusprechen. Weiter erklärte sich die Versammlung für schleunigste Wiedereinführung von Eisenzöllen und beschloß außerdem, an dem Reichstag eine Petition zu richten, dem herrschenden Nothstande durch Erweiterung des Systems der indirecten Steuern, durch eine Umgestaltung des Tarifwesens und durch eine Aenderung der Handels- und Zollpolitik abzuwehren.

Wien, 6. März. Allgemein verlautet, die neueste Konferenz über die Russen habe Rußland angeregt; Graf Andrassy werde angeblich der Konferenz zustimmen, falls sie in Berlin oder Wien stattfindet. — Russische Quellen behaupten, Unterhandlungen über eine sechsmonatliche Verlängerung der russischen Occupation Bulgariens seien bereits eingeleitet. — Aus dem Theißgebiete in Ungarn kommen erschreckende Nachrichten von Ueberschwemmungen, Szegedin sei kaum zu retten. (Post.)

Sofia, 5. März abends. Der Ausschuss der österreichischen Delegation hat mit allen Stimmen gegen zwei den Antrag des Abg. Sturm, nach welchem das Heeresbudget für die occupirten Provinzen pro 1879 mit 20 Mill. fl. festgesetzt wird (anstatt mit circa 30 Mill. fl., wie die Regierung verlangt hatte), angenommen. Sodann wurde ein weiterer Antrag Sturms, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Occupationstruppen noch unter die von ihr für das nächste Quartal in Aussicht genommene Anzahl zu mindern und auf den Friedensstand zurückzuführen, mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Bei der Beratung eines ferneren Antrages Sturms betreffend die Nichtverwendung der bewilligten Gelder für Administrationsauslagen gab der Minister Hofmann ein ausführliches Exposé über die Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina. Die weitere Beratung dieses Antrages wurde schließlich auf morgen vertagt.

Teplitz, 3. März, 9 Uhr 50 Min. früh. Der Wasserspiegel der Urquelle stand heute um 8 Uhr früh 13,25 Meter unter dem Schachttrange mit einer Temperatur von 34,2° K. Haupt- und Nebenpalten erweitern sich nach unten. Der Frohne-Drummen zeigt 17,5° K. bei einem Wasserstande von 1,25 Meter. Der Wasserstand der Urquelle ist um 2,75 Meter höher als die Steinbuckquelle bei ihrer höchsten Spannung. Teplitz ist in freudiger Aufregung.

Freudenblätter knallen. (Vergrath Wolf an die Geologische Reichsanstalt in Wien.)

Paris, 4. März abends. Die Ernennung Lepère's zum Minister des Innern wird von den Radicals günstig aufgenommen. Lepère gehört zur Union republicaine und ist somit viel fortschrittlicher als Marcere. Politische Kreise sind im allgemeinen darüber einig, daß das linke Centrum gestern seine bisherige dominirende Stellung in der innern Politik definitiv verloren habe. Andererseits tadeln die gemäßigten Organe das Ministerium dafür, daß es seine Solidarität nicht aufrecht erhalten und Marcere so leicht hin geopfert habe. Der Gedanke ist aufgetaucht, ein besonderes Ministerium der Polizei und öffentlichen Sicherheit zu gründen, um auf diese Weise die vollständige Verwirrung und Desorganisation der Polizeipräfectur wieder gut zu machen. Gambetta soll dem Project gewogen sein. (Post.)

Paris, 5. März. Das Journal officiel veröffentlicht heute das Amnestiegesetz sowie die Decrete betreffend die Ernennung des bisherigen Handelsministers Lepère zum Minister des Innern und die Ernennung Andrieux zum Polizeipräfecten. Die Ernennung des neuen Handelsministers ist noch nicht veröffentlicht worden.

Paris, 5. März. Der neue Polizeipräfect Andrieux sprach sich bei der Amnestieerdebatte äußerst energisch gegen die Commune aus und war deswegen genöthigt, den unzufriedenen linken radicalen Wählern sein Mandat zurückzugeben. Andrieux ist entschiedener Republikaner, aber governmental gesinnt. Wer der neue Handelsminister sein wird, ist noch immer unbestimmt. (Post.)

Paris, 5. März. Livard, Deputirter von Paris, ist zum Handelsminister ernannt worden.

Dover, 2. März abends. Se. kaiserl. königl. Hoh. der Kronprinz des Deutschen Reiches ist heute Nachmittag nach einer stürmischen Uebersahrt wohlbehalten hier eingetroffen.

Petersburg, 5. März. Nach hier eingegangener telegraphischer Nachrichten sind die deutschen und die österreichischen Ärzte in Weiskanka eingetroffen und hatten bereits eine Conferenz mit dem Dr. Krassowsky. — Der Reichsanzler Fürst Gortschakow empfing heute den neuernannten englischen Botschafter Lord Dufferin.

London, 5. März morgens. Der Times wird aus Konstantinopel von gestern telegraphirt: „Der Gouverneur von Thessalien meldet, 500 Griechen hätten die Grenze überschritten und das Dorf Kleulieker zerstört. — Nach einem Telegramm der Daily News aus Alexandria wäre Rubar-Pascha in das ägyptische Ministerium wieder eingetreten.“

Wien, 5. März. Eine Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von gestern bestätigt, daß eine griechische Freischärlerbande einen Einfall in das thessalische Gebiet gemacht hat. Da

die Grenzgegend stark von türkischen Truppen besetzt sei, so wäre das Umsichgreifen einer Insurrection kaum zu besorgen.

Washington, 5. März. Der Congress ist durch eine Proclamation des Präsidenten Hayes auf den 18. März zu einer außerordentlichen Session einberufen.

Die Verhandlungen über die Strafgewalt des Reichstages.

Berlin, 5. März. Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min.

Der Reichstag setzt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder fort.

Abg. Dr. Hümel:

Die gestrige Debatte wurde vollständig von einer gewissen Kühle beherrscht, die der deutsche Herr Justizminister (der Redner bezeichnet damit wiederholt den Präsidenten des Reichs-Justizamts, Staatssecretär Dr. Friedberg) in seinem Vortrage hatte vorwalten lassen, wie immer, wenn etwas delicate Fragen zur Erörterung stehen. Nur eine Rede mußten wir davon ausnehmen, die des Hrn. v. Kleist-Nehow. Hier herrschte offenbar größere Erregung und Bewegung; es durchzitterte sie ein frischerer Ton, und ganz mit Recht, denn für Hrn. v. Kleist bedeutet die Vorlage einen großen Schritt auf der Bahn derjenigen Grundzüge, die er von jeher verfochten und verteidigt hat. Der Entwurf ist ja für ihn und seine Gesinnungsgenossen ein alter guter Bekannter; er ist hervorgegangen aus denjenigen Entwürfen, die zu der Zeit, als es sich um die Wahrung der Redefreiheit des Abgeordnetenhauses handelte, von Seiten des Herrenhauses in Dugendbarkeit geliefert worden sind. Es muß ihn freuen, wieder Hand in Hand und Arm in Arm mit dem Herrn Reichsanzler gehen zu können. (Hört, hört! Sehr richtig! rechts.) Ich gestehe zu, an diesem Punkt können wir dem Reichsanzler keinen Wechsel seiner Meinung vorwerfen, — wie bei seiner Handels- und Zollpolitik. Damals, als das Abgeordnetenhaus den Spruch des Obertribunals als einen schweren Einbruch in die Verfassung erklärte und sich energisch dagegen verwehrte, war es der preussische Ministerpräsident, der am 10. Jan. 1866 sagte: „Das Verbrechen eines solchen Verstoßes wäre ein Schand für die Verfassung eines christlichen Landes; danken Sie mir mit dem Obertribunal, daß es uns von der Fiction befreit hat, unsere Verfassung mit einem so erniedrigenden Makel behaftet zu sehen.“ Hinter diesem Ausdruck verbirgt sich doch wenigstens eine starke Ueberzeugung. Freilich hat der Reichsanzler zu wiederholten Malen diese starke Ueberzeugung geopfert entweder der gesammten politischen Constellation oder der Popularität, wie er sie auffaßt; er hat dem Hrn. v. Kleist-Nehow gegenüber im Herrenhaus Versöhnung gepredigt; er hat später bei Gelegenheit der Feststellung des Strafschubachs hier im Reichstage nachgegeben, aber er hat uns nie darüber in Zweifel gelassen, daß dies von seinem Standpunkte aus lediglich widerwillig gemachte Concessionen waren.

Der Reichsanzler wie Hr. v. Kleist stehen auf dem Standpunkte, daß die specifisch parlamentarische Redefreiheit nicht berechtigt sei, aber höchstens innerhalb der Grenzen Galtigkeit haben solle, wie sie für jede Volksversammlung bestehen. Ein so verschiedener Ausgangspunkt macht es selbstverständlich, daß auch Argumente eigenthümlicher Art

Von der Expedition Gerhards Kohls.

Einem Schreiben des Steiermärkers Leopold v. Ullasch aus Wabi-Saffer vom 13. Jan. entnehmen wir nach der Grazer Tagespost Folgendes über eine Bedrohung der Kohls'schen Expedition:

„Heute Morgen verließ unsere kleine Karavane das 11. Lager Wabi-Saffer und gelangte nach einem anstrengenden Marsch, bei welchem sich der Mangel an frischem Trinkwasser besonders fühlbar machte, nach Wabi-Saffer. Trotz der trostlosen Debe, trotz des Unbehagens des Kamelrittes würde unser guter Humor nicht gestört werden, bliebe uns nur der leidige Samum mit seinem beißenden, alle Kleidungsstücke durchdringenden Sande erspart. Die jüngsten Tage haben uns ohnehin Anstrengungen und Aufregungen in Fülle gebracht; sogar ein geplanter Angriff eines uns feindlich gesinnten Negerstammes machte uns zu schaffen. Die Sache verhielt sich so: Am 2. Jan. d. J. brachen wir von Matfar auf. Der Weg führte uns in südöstlicher Richtung, durch die wahrhaft ideale, an alten Baudenkmalern reiche Berglandschaft des Dakonagebietes. Nach zweistündigem Ritte erreichten wir die Grenze und betraten das Territorium der Desellaneger. Zwei vorüberkommene Karavanes empfahlen uns für die Fortsetzung unserer Reise die größte Vorsicht an und berichteten viel über die Unsicherheit der Gegend und von der Raublust ihrer Bewohner. Ueberschreitungen gewohnt — wol nirgends in der Welt wird so viel gelogen wie hierzulande — legten wir wenig Gewicht auf diese Warnungen und trauten wohlgenuth der hinter den Büschen

lauernden Gefahr entgegen. Drei Araber in ihrer malerischen, aber überaus schmutzigen Tracht näherten sich uns, und einer derselben frug nach dem Consul, wie Kohls von den Eingeborenen genannt wird. Bald erkannten wir in diesem Manne einen Abgesandten des Raimalams von Dennialib, welcher Kohls ein in arabischer Sprache abgefaßtes Schreiben überreichte, dessen Inhalt allerdings Grund genug zu ernster Sorge gab. Vierhundert Desellan, gereizt durch die Gerüchte von dem Reichthum unserer Karavane, welche Schätze und Kostbarkeiten führe, seien zum Angriffe entschlossen, und nur eine starke militärische Bedeckung könne uns die gefährliche Fortsetzung der Reise ermöglichen. Thatsächlich bemerkten wir nun auch auf den unliegenden Höhen Ansammlungen von Schwarzen, die, verwundert über unser Zögern, die Vorsicht des Hinterhalts vergaßen. Diese unliebamen Verhältnisse nöthigten uns zum Rückzuge nach Ain-Scherfara, von wo aus ein Bote mit dem Ansuchen um militärische Bedeckung nach Tripolis abging. Nach dem Eintreffen der Beduinencavalerie nahmen wir unsere Reise wieder auf und passirten ohne Belästigung den feindlichen District. Der unerwartete Zwischenfall hat uns acht Tage lang aufgehalten. Möge das Schicksal in Zukunft mit ähnlichen Vorfällen largen.“

Bei einem der hervorragendsten Industriellen fand jüngst in dessen durch elektrisches Licht glänzend erleuchteten Villa in Charlottenburg eine Volkshausfeier statt, zu welcher zahlreiche Einladungen an Industrielle, Kaufleute, Künstler, Abgeordnete u. ergangen waren. Man amnirte sich auf das kühnste. Nebenbei wurden aber auch die Zoll- und wirtschaftlichen Fragen eifrig discutirt. Freyhändler

und Schutzöllner schaufrten sich gar sehr auf dem neutralen Boden. Der bekannte Chef eines der ersten berliner Bankinstitute, dessen Vater den Wahlpruch hatte, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhöre, erklärte einem ebenso bekannten freihändlerischen Fabrikanten gegenüber, „die Zeit sei nicht mehr fern, wo man den letzten Freihändler gegen Entrée in Casan's Panoptikum werde sehen lassen“. Mit gewohnter Schlagfertigkeit erwiderte der Fabrikant darauf: „Wenn Sie und Ihre schutzöllnerischen Freunde nur bann noch die nöthigen 50 Pf. für das Entrée haben werden.“ Es hat dieses Wortgefecht der beiden „Krisenfüße“ in der Gesellschaft große Heiterkeit hervorgerufen.

— In Saarbrücken haben am 3. März die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Excedenten, welche sich aus Anlaß des marpinger Wanders den Beamten widersetzt haben, begonnen. Die Verhandlungen erstrecken sich zunächst auf die beiden ersten Angeklagten, den Pastor Eich, der beschuldigt ist, öffentlich zum Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit vor einer versammelten Menschenmenge aufgefodert, und den Gemeindefürster Altmeyer, der angeklagt ist, nach dreimaliger Aufforderung seitens der zuständigen Beamten sich nicht entfernt zu haben. Man rechnete, daß die Verhandlungen etwa eine Woche dauern.

— Bei einer Gerichtsverhandlung in Süddeutschland entspann sich folgender Dialog. Präsident: „Wie kann denn ein Mann so roh sein, seine Frau zu misshandeln, indem er ihr einen Teller an den Kopf wirft?“ Angeklagter: „Nobte Gerichtshalle, kennen Sie meine Frau?“ Präsident: „Ich habe nicht das Vergnügen.“ Angeklagter: „Dann reden's mir!“

— Aus Wien wird gemeldet: „Das Operntheater war bei der vierten Aufführung der „Götterdämmerung“ von Richard Wagner bis auf den letzten Platz ausverkauft. Die Mitwirkenden wurden nach dem ersten Act sechs Mal, nach dem zweiten vier Mal gerufen.“